

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## BULGARIEN

### Protestbewegungen

**In den letzten Tagen des Jahres 2017 unterzeichnete die bulgarische Regierung einen Verwaltungsakt, der privaten Konzessionären – und damit den Oligarchen – das Recht einräumt im Pirin-Gebirge zu bauen. Diese Naturlandschaft ist Teil eines Nationalparks, der zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Eine Protestwelle gegen diese Entscheidung liess nicht lange auf sich warten. Zweiter Teil.**

Das Pirin-Gebirge im Südwesten Bulgariens macht die Hälfte von Bulgariens grösstem Nationalpark aus und nimmt eine Fläche von 264,9 km<sup>2</sup> ein. Der Nationalpark wurde 1983 in die UNESCO-Liste des Weltnaturerbes aufgenommen. Die Tatsache, dass jetzt mit dem Bau von Skipisten, Golfplätzen und Wellness-Zentren begonnen werden soll, hat im ganzen Land Proteste ausgelöst. Leider brachten die Diskussionen unter den Protestierenden über die Rettung von Pirin wieder die chronische Krankheit des rein ökologisch ausgerichteten Protestes ans Licht. Dieser kolportiert den Mythos eines an sich guten Kapitalismus, der durch böse lokale Oligarchen und durch die Korruption verdorben wird, wobei aber das herrschende Gesellschaftssystem nicht tiefgreifender in Frage gestellt wird. Die Protestführer-innen sind die Grünen neben einigen liberalen bzw. konservativen Parteien wie «Ja, Bulgarien» und den «Demokraten für ein starkes Bulgarien» (DSB). Trotz dieser Protest-Elite sind viele Demonstrierende entweder links oder einfach unpolitisch. Parteiunabhängige linke Gruppen und Mitglieder meiner Gewerkschaft ARS (Autonome Arbeiter-innen-Gewerkschaft) nehmen aktiv an den Protesten teil. In Varna, der Stadt, in der ich lebe, waren die Hälfte der Demonstrierenden Mitglieder oder Unterstützer-innen der Gewerkschaft. In der Hauptstadt Sofia war der Protest am Grössten mit mehr als 8'000 Menschen auf der Strasse. In 22 weiteren Städ-

ten fanden Protestveranstaltungen statt, auch ausserhalb Bulgariens – in London, Berlin, Sidney und anderen Städten.

#### Gegenoffensive der Eliten

Sowohl in den staatlichen als auch den privaten bulgarischen Medien wird über die Proteste in einem aggressiven Ton berichtet. Auch Sportler-innen und Showbiz-Stars, die Sponsoring-Verträge mit den Oligarchen haben, verurteilen die Protestierenden. Alle politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, tun dasselbe. Mitte Januar 2018 haben alle Arbeitgeber-innenorganisationen in Bulgarien eine Erklärung herausgegeben, in der sie die Demonstrant-innen als einen «Haufen grüner Erpresser, welche die Wirtschaft töten wollen» bezeichneten. Trotz dieser geballten Offensive der Eliten kam es augenscheinlich auch

bei den Protestierenden zu Konflikten. So kam es während der Demonstrationen in Plovdiv zu einem unschönen Zwischenfall. Friedlich Protestierende, die jedoch ein Transparent mit der Aufschrift «Der Kapitalismus tötet» trugen, wurden von den Organisatoren des Protests attackiert. Als dieselben es nicht schafften, die angeblichen «Störenfriede» physisch zu entfernen, riefen sie die Polizei. Unterdessen erklärte sogar Premierminister Boiko Borisov im EU-Parlament, er sei ein «grüner Mann». In seiner Rede sagte er ein paar Sätze über den «Pirin-Skandal», ohne dabei mit offenen Lügen zu sparen. Leider erhält der Oligarch, der die Konzession für Pirin bekommen hat, neben aller anderen Unterstützung auch noch die volle Unterstützung der EU. Der Kampf um Pirin geht immer noch weiter mit Protesten im ganzen Land. Bulgarische Geschäftsleute sind sehr besorgt über die Forderung nach einer Volksabstimmung. Sie fürchten die direkte Demokratie: «Kein Referendum kann das Schicksal der bulgarischen Wirtschaft lösen», liessen die Vertreter-innen der Oligarchen verlauten.

#### Postsozialistisches Spiegelkabinett

Ein weiteres heisses Thema betrifft einen Berg neben Sofia mit dem Namen «Vitosha», wo es ebenfalls

um Skipisten und -lifte geht. Interessant ist die Tatsache, dass fünf politische Formationen, von denen vier als rechts gelten können, den Entzug des Eigentums des Geländes aus den Händen eines privaten Unternehmens und dessen Erwerb durch den Staat oder in diesem Fall durch die Gemeinde fordern. Es ist völlig paradox, wenn rechte ultraliberale Parteien plötzlich von der Privatisierung Abstand nehmen. Dies ist nur ein weiteres Beispiel für die totale politische Desorientierung in dem postsozialistischen, osteuropäischen «Spiegelkabinett». Aus dem einen oder anderen Grund, hauptsächlich aus populistischen Motiven, entsprechen Rhetorik und Praktiken der verschiedenen politischen Formationen oft nicht der erklärten Position im politischen Raum, und es spielt dabei keinerlei Rolle, ob sie rechts oder links sind. Allein der Kampf um die wirtschaftliche und politische Kontrolle über den Staat zählt – und alle Mittel sind dazu recht.

#### Erfolg gegen Lohndiebstahl

Unter diesen Bedingungen politischer und wirtschaftlicher Repression so-



Clark Jake, Concrete Island, 1993

wie weitverbreiteter Apathie, sind wir in der Autonomen Arbeiter-innen-Gewerkschaft (ARS) bestrebt, aktiv zu sein und uns zu den drängenden Fragen zu positionieren. Wir versuchen, in jedem sozialen Kampf zu intervenieren und die Menschen dazu zu bringen, sich selbst zu organisieren – egal, ob es sich um einen Arbeitsplatzkampf, Öko-Protest oder um das Aufbegehren gegen steigende Preise handelt. In den letzten zwei Jahren konnten wir unsere Mitgliederzahl verdoppeln. Dies geschah vor allem wegen der vielen erfolgreichen Streikposten in kleinen privaten Unternehmen und wegen des grossen Erfolges unserer neunmonatigen Kampagne gegen Lohndiebstahl, die wir mit den Arbeiter-innen von Picadily (einem der grössten Einzelhändler in Bulgarien) und Max Telecom (dem drittgrössten Telekom-Unternehmen) geführt haben. Nach monatelangen Protesten, Streikposten, Strassenblockaden und der Besetzung der Hauptquartiere dieser Firmen gelang es uns, die Unternehmen dazu zu zwingen, einen Fonds einzurichten, der die unbezahlten Löhne von mehr als 700 Menschen auszahlen wird. Ausserdem konnten wir mehrere neue Sektionen der Gewerkschaft im ganzen Land gründen. Dazu gehört eine grosse Abteilung in den Chemiefabriken von Dimitrowgrad, die von achtzig militanten Arbeiter-innen gebildet wird. In den letzten zwei Jahren haben wir auch Aktionen für Wanderarbeiter-innen durchgeführt und grosse Proteste gegen die steigenden Gebühren des öffentlichen Verkehrs initiiert. Wir organisierten auch mehrere Seminare und Festivals mit Arbeiter-innen

in verschiedenen Städten, bei denen es hauptsächlich um die Frage der Selbstorganisation ging.

### Diskreditierte Linke

Bulgarien hat eine lange Geschichte von sozialen Kämpfen. Die erste «Commune» auf dem Balkan wurde hier zum Leben erweckt. Es gab sehr starke linke agrarische Bewegungen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstand eine der militantesten anarchistischen Formationen Europas. Mit der Errichtung der stalinistischen Diktatur wurden all diese Bewegungen im eigenen Blut ertränkt und die Überlebenden dazu gezwungen, aus zu wandern. Diese Ereignisse machen den grössten Unterschied zwischen den sozialen Kämpfen im Westen und denjenigen in den östlichen, postsowjetischen Ländern aus. Heute, 27 Jahre nach dem Sturz des sowjetisch geprägten Regimes, können die sozialen Bewegungen in Bulgarien ihre frühere Stärke leider nicht wiederherstellen. Dies liegt sowohl an der grossen Kluft zwischen den Generationen als auch an dem anti-kommunistischen und generell anti-linken Diskurs, der erfolgreich von der neuen kapitalistischen Elite betrieben wird. Ebenso spielen die noch frischen Erinnerungen an die Zeiten der Diktatur eine Rolle, worin die Linke mit Autoritarismus und Unterdrückung gleichgesetzt wird. Leider gehen die Arbeiterklasse und die Jugend – Student-innen und sogar die Subkulturen – am stärksten von dieser Einschätzung aus. In diesen Gruppen, die eigentlich traditionsgemäss links eingestellt sein sollten, herrscht ein weit verbreiteter Geist vom Unpolitisch Sein, von Antikommunismus, Nationalismus und Rassismus. Gleichzeitig sind die alten kommunistischen Parteien nicht nur marginal, sondern völlig ungeeignet in der Auseinandersetzung mit der Realität. Sie verbinden ihre Nostalgie nach dem alten Regime mit der Anbetung des heutigen Russlands von Wladimir Putin und von nationalistischen Führern wie Viktor Orban in Ungarn. Sie scheinen nur noch zu existieren, um die rechte und rechtsextreme Propaganda mitanzuheizen, nämlich dass die Linke ein ekelhafter Rest der Vergangenheit sei, der besser vergessen werden sollte.

### Ein Hoffnungsfunke

Doch auf der anderen Seite sehen wir in den letzten Jahren positive Tendenzen der allmählichen Entstehung einer neuen Linken, die es schafft, viele junge Menschen in soziale Kämpfe einzubeziehen. Es sind meist antiautoritäre linke Initiativen, die nichts mit den be-

stehenden Parteien zu tun haben. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, können wir in der nächsten Zeit, angesichts der extrem schlechten wirtschaftlichen Lage und der politischen Unsicherheit, noch einige Überraschungen erleben.

Es ist sehr schwierig, die Situation in Bulgarien mit ein paar Worten zu beschreiben. Die wirtschaftlichen Bedingungen sind für die

Leute demütigend; das öffentliche Leben ist geprägt von Ignoranz, Apathie und mangelnder Bereitschaft, sich für etwas anderes als sein persönliches Interesse einzusetzen. Trotzdem gibt es immer noch Menschen, die gegen die Ungerechtigkeit aufstehen und für eine bessere Zukunft kämpfen. Es gibt sie doch!

Mitko Dimitrov, Varna, Bulgarien

## KOLUMBIEN

# Der Friedensprozess

**Die Friedensabkommen zwischen der FARC-EP und der kolumbianischen Regierung haben zum Ziel, den ältesten «innerstaatlichen» bewaffneten Konflikt der Welt zu beenden, der hunderttausende Todesopfer forderte und Millionen Menschen vertrieb.**

Unter Mitwirkung der aufeinander folgenden Regierungen haben Paramilitarismus und Drogenhandel deutlich zugenommen, die militärischen Repressalien waren gnadenlos. Die Anfänge des Konflikts lassen sich auf die berechtigten und alten Forderungen der Landbevölkerung und der indigenen Gemeinschaften nach Zugang zu landwirtschaftlichen Anbauflächen, sozialer Gerechtigkeit und der demokratischen Beteiligungsmöglichkeit an der Führung des Landes und der Verwaltung seiner Ressourcen zurückführen.

*La Via Campesina* wurde durch die Unterzeichner-innen der Friedensabkommen beauftragt, den am 24. November 2016 in Bogotá unterschriebenen Friedensprozess hinsichtlich Punkt 1 zu begleiten. Dieser beinhaltet die vollständige Landreform, welche in direktem

Zusammenhang mit Punkt 4 hinsichtlich der Ersetzung illegal genutzter Pflanzenkulturen steht. Dieses Mandat wird gemeinsam mit dem des *UNDP* (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen), der *FAO* (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) und der *EU* (Europäische Union) ausgeübt.

Die Gründe für die Beteiligung an der Umsetzung der Friedensabkommen liegen darin, dass *La Via Campesina* eine landwirtschaftlich ausgerichtete Organisation ist und mehrere kolumbianische landwirtschaftliche Organisationen und Gewerkschaften Akteure des Friedensprozesses sind.

### Unterstützung der Friedensverhandlungen

*La Via Campesina* hat im September 2016 eine erste internatio-

## Archipel

Monatszeitung des  
Europäischen  
BürgerInnenforums

April 2018 - Nr. 269

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum  
Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch(a)forumcivique.org

Österreich:

Löblich 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at(a)forumcivique.org

Deutschland:

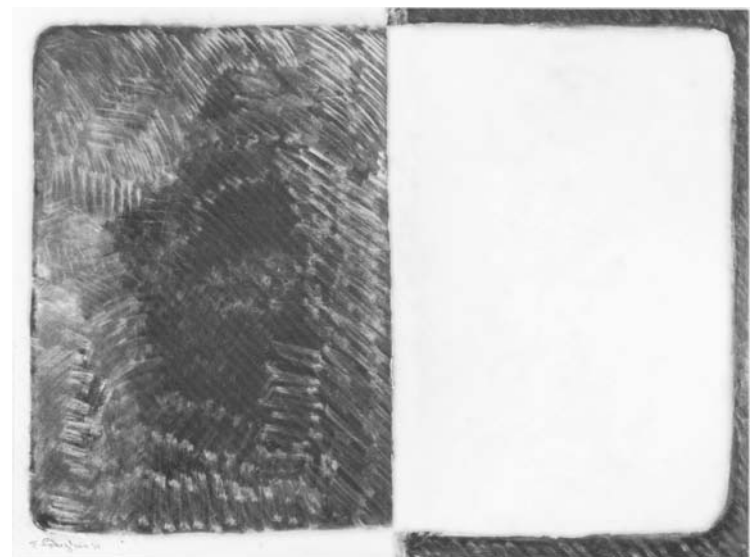
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de(a)forumcivique.org

Frankreich:

St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr(a)forumcivique.org

Ukraine:

vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua(a)forumcivique.org



Elizabeth Franzheim, *Faded image*, 1980

nale Delegation zusammengestellt, um die Friedensverhandlungen zu unterstützen. Ende November 2017 ist eine zweite Delegation, bestehend aus 26 Delegierten aus 19 Ländern, vor Ort gewesen, um die Fortschritte des Friedensprozesses zu begutachten und um die Zeugenberichte der betroffenen Landbevölkerung, der Bäuerinnen und Bauern und ihrer verschiedenen Gemeinschaften zu erfassen. Die Delegierten sind das riesige Land abgefahren und haben sich neben der Hauptstadt Bogotá – Sitz der Regierung und des Parlaments – in fünf von dem bewaffneten Konflikt stark betroffene Regionen begeben (Arauca, Meta, Cauca, Caquetá und Nariño).

Die Delegation konnte feststellen, dass die über mehr als vier Jahre lang in Havanna ausgehandelten Friedensabkommen voller Erleichterung und Hoffnung aufgenommen wurden! Das Ende des Krieges wird als ein wichtiges Sprungbrett zu einer gerechteren Gesellschaft ohne himmelschreiende Ungleichheiten und Armut empfunden, als Beginn einer demokratischen Beteiligung und als Ende institutioneller Gewalt. Trotz allem sind Ernüchterung und Entmutigung spürbar, denn ein Jahr nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens sind die vereinbarten Zusagen nicht vor Ort konkretisiert worden.

## Unterdrückung der Landreform

Kurzum, es ist vor allem die ländliche Bevölkerung, die keine Verbesserung sieht: Die Landreform kommt nicht voran, die versprochenen Landflächen sind weder zur Verfügung gestellt noch legalisiert worden, und der Druck von Seiten der industriellen Landwirtschaft und des Bergbaus hinsichtlich dieses Landes wird stärker. Produzent-inne-n widerrechtlich angebauter Kulturpflanzen (Koka, Hanf) werden weiterhin mit Gewalt unterdrückt, ohne dass ein Ersetzen dieser Kulturen gemeinsam besprochen würde. Die Zufahrtswege für die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion sind nicht ausreichend und es fehlt eklatant an Gesundheitsinfrastruktur. Die Unsicherheit steigt, denn das durch die Entwaffnung der FARC entstandene Machtvakuum hat bewaffneten Banden Raum gegeben. Innerhalb eines Jahres wurden mehr als 120 Anführer von Gemeinschaften sowie Bäuerinnen, Bauern, Gewerkschafter-innen und ehemalige Kämpfer-innen umgebracht, ohne dass die Verantwortlichen vor Gericht gebracht worden wären. Die Delegation konstatierte ausserdem administrative Schwer-

## Appell von Via Campesina

*La Via Campesina* lanciert einen dringenden Appell an europäische Organisationen sowie an die Zivilgesellschaft, die Entwicklung der Situation in Kolumbien aufmerksam zu verfolgen und dazu beizutragen, dass die Friedensabkommen eingehalten werden.

Menschenrechtsaktivist-inn-en und Mitglieder sozialer Bewegungen, Bäuerinnen und Bauern, Indigene, Menschen afrikanischer Herkunft und ehemalige FARC-Kämpfer-innen werden, ohne Reaktion von Seiten des Staates, weiterhin bedroht und ermordet. (Laut UNO-Kommission für Menschenrechte 441 Angriffe und 121 Tote im Jahr 2017.) Auch die politischen Zusammenhänge sind mehr als beunruhigend: Die Parlamentswahlen am 11. März dieses Jahres haben sowohl im Parlament als auch im Senat eine rechte Mehrheit erwirkt, die die Umsetzung der Friedensabkommen aller Voraussicht nach verlangsamen oder sogar blockieren wird.

Ausserdem ist für die Präsidentschaftswahlen im Mai eine enorme Polarisierung abzusehen. Auf der einen Seite Ivan Duque von der rechtsextremen Partei von Alvaro Uribe, die gegen die Friedensabkommen ist, und auf der anderen Gustavo Petro von einer Linksalianz. Selbst wenn die Abkommen in die Verfassung aufgenommen worden sind und demnach von der Regierung durchgesetzt werden müssen, wäre ein Wahlsieg von Duque eine Katastrophe für jegliche Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit, die trotz allem in einem Grossteil der kolumbianischen Bevölkerung vorhanden ist.

Wir werden weiterhin Unterstützungsbrigaden für die ländliche Bevölkerung zusammenstellen und Druck auf die Europäische Union machen, diese Situation nicht mehr zu tolerieren. Informiert Euch über die Liste der ECVC (Europäische Koordination von Via Campesina) und über die Landwirtschaftsgewerkschaft UNITERRE in der Schweiz. Die Zukunft Kolumbiens, Frieden, Gerechtigkeit und die Durchsetzung der Landreform hängen von den sozialen Bewegungen der Bäuerinnen und Bauern ab.

ECVC – info@eurovia.org

fälligkeiten, die Verzögerung der Entwicklungsprogramme und den Widerwillen der rechten Parlamentsmehrheit, für aus den Friedensabkommen hervorgehende Gesetze zu stimmen. Die zukünftigen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März und Mai 2018 deuten nicht auf die notwendige entschlossene Unterstützung hin.

*Via Campesina* verpflichtet sich, ihre Beobachtungen an Organisationen weiterzugeben, um die Realisierung einer bäuerlichen und agrarischen Wirtschaft im Rahmen des Friedensabkommens zu unterstützen, den Prozess vor Ort durch eine Ausbildung in der Agroökologie und durch den Auf-

bau von Saatgutbanken zu unterstützen und internationale Brigaden zu organisieren sowie Partnerschaften zwischen bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften und territoriale Räume zur Schulung und der Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer-innen der FARC-EP zu fördern. Wenn der Friedensprozess erfolgreich ist und die Menschenrechte wieder hergestellt sind, kann Kolumbien ein Vorbild für den ganzen lateinamerikanischen Kontinent sowie für den Rest der Welt werden.

Genf, am 16. Januar 2018, im Namen der europäischen Mitglieder der Delegation, Philippe Sauvin

## COSTA RICA

# Escuela de la Tierra – Schule der Erde

**Auf der Finca Sonador, einem sozialen und ökologischen Projekt der Kooperative Longo maí in Costa Rica, wo mehrere hundert Menschen verschiedener Herkunft zusammen leben, hat das lange geplante Projekt Escuela de la Tierra inzwischen eine beachtliche Dynamik entfaltet.**

«Unsere Welt muss von unten aufgebaut werden, vom Lokalen, von hier. Es wird von grosser Bedeutung sein, dass die sozialen

Bewegungen, die vielen Aktionen des Widerstandes auf regionaler Ebene, sich gegenseitig koordinieren: gegen Staudämme, gegen

die Privatisierung von Wasser, Elektrizität, vom Gesundheitswesen, gegen die Auslieferung unserer grossen, tropischen Regenwälder an multinationale Konzerne.»

Das war der Beginn der Eröffnungsrede von François Houtart, anlässlich der Gründung der UNI-ALSUR, eines alternativen, dezentralisierten Universitätsprojektes, das vor 12 Jahren von Bäuerinnen, Bauern, Akademiker-inne-n der Nationalen Universität von Heredia, Künstler-inne-n, Vertreter-inne-n indigener Bevölkerungsgruppen und Kindern und Jugendlichen der Finca Sonador in Costa Rica ins Leben gerufen wurde. Drei Amarilloebäume am Eingang des Hauses der bekannten Sängerin Guadalupe Urbina, die auf der Finca kulturelle Projekte betreut, ragen heute zehn bis fünfzehn Meter in den Himmel. Gepflanzt wurden sie damals von François Houtart, Professor für Soziologie und Theologie an der Universität Louvain in Belgien und damaliger Sekretär des Weltsozialforums, im Juli 2006 bei der Gründungszeremonie.

In seiner Eröffnungsrede definierte er in wenigen Sätzen die Philosophie des Projektes, das dann zehn Jahre später in «Escuela de la Tierra» umgetauft wurde. Hier seine weiteren Worte:

«Es geht darum, sich zusammenschliessen und auszutauschen, um sich gegenseitig zu stärken. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft kann einen enormen Beitrag zur Erhaltung unserer Madre Tierra leisten. Sie kann die Kapazität der Regeneration wieder herstellen und ein neues soziales und kulturelles Gleichgewicht in unseren ländlichen Regionen schaffen. Die Multikulturalität, die wir heute hier im Dorf der Finca Sonador vorfinden, öffnet uns all das Wissen um die verschiedenen Kulturen, philosophischen und religiösen Traditionen, und das gemeinsame Wohlbefinden, das ‚Buen Vivir‘ der Menschheit und ermöglicht uns eine entsprechende Ethik zu entwickeln. In diesem ‚Buen Vivir‘ geht es um einen speziellen Bezug zur Natur. Es ist wichtig, weiter zu erforschen, was dieser neue Bezug bedeutet. Der Ausgangspunkt ist die Anerkennung der Integrität der Natur als ein eigener, unabhängiger Wert. Unabhängig in dem Sinn, dass diese Integrität nicht von der Wertschätzung des Menschen abhängen darf. Unsere Welt ist mehr als nur die Summe von Materiellem. Unsere Erde ist Leben. Und wenn ich heute von diesem Leben spreche, schliesst das alle Lebensbereiche, die Kreativität, den Naturschutz, die Verbesserung unseres eigenen Lebens,

nicht nur des physischen, biologischen, sondern auch des kulturellen, spirituellen Lebens mit ein. Und nicht nur das der Menschen, sondern auch der Tiere und Pflanzen – das ist es, was wir heute das Recht der Natur nennen».

Mit dieser Aussage umriss Houtart die Philosophie und Ethik der *Escuela de la Tierra*.

Im Jahre 2017, einem entscheidenden Jahr der ersten Aktivitäten, Schulungen und der Schaffung von baulichen Einrichtungen, verliess uns François leider im Alter von 92 Jahren für immer.

## Ein Pionierprojekt

Entscheidend für das Projekt waren die Ideen von Professor-innen und Studierenden der Nationalen Universität UNA in Heredia, die schon in den Jahren 2003/04 die Finca Sonador besuchten, sich begeisterten und in der Folge die Idee einer alternativen Universität in dieser Dorfgemeinschaft nicht mehr aus dem Auge verloren. Prof. Eduardo Saxe, Direktor des Lehrstuhls «Doktorat für Lateinamerikanische Studien», seit drei Jahren pensioniert und Gründer des Projektes, definiert die Grundidee folgendermassen:

«Viele unserer Kolleginnen und Kollegen an der Universität haben Interesse nach ihrer Pensionierung an einem Projekt wie dem der *Escuela de la Tierra* mitzumachen. Sie haben noch genügend Energien und Lust weiter zu unterrichten. Auch Studierende, die ihr Studium bereits abgeschlossen haben, aber nicht gleich eine Anstellung finden, können in das Projekt einsteigen. Unser Team rekrutiert sich zum grössten Teil aus diesen beiden Berufen. Aber wir durchbrechen auch dieses Schema des rein akademischen Betriebs und haben in unserem Projekt Bäuerinnen, Bauern und andere Dorfbewohner-innen der Finca Sonador und Umgebung als Professorinnen und Professoren integriert. Don Pedro ist einer davon. Er kommt aus El Salvador, siedelte sich in den 1980er Jahren auf der Finca als Flüchtling an und verfügt über einen ungeheuren Erfahrungsschatz. Sein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb ist eine Bio-Musterfarm, mit Nutzung aller Möglichkeiten von der Biogaserzeugung mit Hilfe der Exkremente seiner Kühe bis zur Kompostierung durch *Lombri-cultur*. Die Lebens- und Arbeitsweise von Don Pedro und seiner Familie: das ist Permakultur; wie sie seit Generationen von den Bauern unseres Kontinents betrieben wird. Wir nutzen diesen lokalen und regionalen Reichtum an Kenntnissen und machen ihn den

Studierenden, den Schülerinnen und Schülern, die für Freiwilligeneinsätze, Praktikas, Bildungs- und Studienaufenthalte zu uns kommen, zugänglich. Prioritär steht unsere Schule den Jugendlichen von Longo Mai und unserer Region zur Verfügung. Sie zahlen keine Gebühren, auch wenn es sich um aufwändige Kurse wie die internationalen Permakultur-Seminare handelt. Wir organisieren Bildung, Forschung, künstlerisches Gestalten, kritisches Denken und arbeiten an der Förderung der Menschenrechte, des Friedens, sozialer Gerechtigkeit und der Erhaltung der Umwelt. Mein spezieller Beitrag für das Programm der Schule sind Analysen zur Entwicklung der Weltsituation und philosophische Themen. Zu diesen Themen organisieren wir auch internationale Konferenzen und laden Lehrkräfte aus allen Kontinenten unseres Planeten ein.»

## Infrastrukturen und Landarbeiten

Die *Escuela de la Tierra* verfügt im oberen Bereich der Finca über ein Terrain von 5 Hektar. Das nennt sich *Granja Campo Grande*. Auf diesem Stück Land, das 1980 das erste Experimentierfeld für Mischkulturen zur Zeit der Ansiedlung der ersten Flüchtlingsfamilien aus El Salvador war, entsteht heute der Sitz der Schule. Das Hauptgebäude, «das Haus des Lernens über unsere Mutter Erde» wurde 2017 errichtet. Der halboffene Holzbau von 200 Quadratmetern besteht aus einer Aula für 60 Personen, einer Gemeinschaftsküche, einem Speisesaal, einem Verwaltungsbüro, zwei Mehrbettzimmern und den entsprechenden sanitären Anlagen. Eine am Dach montierte Solaranlage wird für die elektrische Versorgung des Gebäudes sorgen. Die 5 Hektar sind zur Hälfte für die landwirtschaftliche Produktion, die eigene Versorgung der Schule und Experimentierparzellen vorgesehen. Der Rest besteht aus Sekundärwald, der für Forschung und Agroökologie zur Verfügung steht. In den letzten beiden Jahren 2016/17 wurde intensiv an der praktischen Umsetzung der Bildungsprogramme der Schule gearbeitet. Juan Gomez, Doktor für Lateinamerikanische Studien, war – unterstützt von Juri Spendingwimmer, Magister der Ethnologie – für diesen Bereich verantwortlich. Juan Gomez berichtet:

«In diesen zwei Jahren haben wir fünf Jugendliche aus dem Dorf der Finca Sonador in den Praktiken einer intensiven Landwirtschaft auf kleinen Flächen mittels Biogärten ausgebildet. Dabei

ging unser pädagogisches Konzept von der kollektiven Planung und einer weitgehenden Autonomie bei der Durchführung durch die Jugendlichen aus. Unser Modell orientierte sich an kleinen, regionalen Wirtschaftszyklen, der traditionellen bäuerlichen Landwirtschaft und den heutigen Kenntnissen der biologischen Landwirtschaft und der Agroökologie. Die Schule hat im letzten Jahr 35 Studentinnen und Studenten aus den verschiedensten Ländern empfangen und sie in Permakultur ausgebildet. Zusätzlich konnten zwei Professoren der Schule und zwei junge Leute des Dorfes die Permakulturausbildung machen, um in Zukunft als Multiplikatoren zu arbeiten. Gleichzeitig haben wir 4 Studierende bei ihren Untersuchungsarbeiten zu den Themen gesunde Ernährung, Wasserqualität, soziale Bewegungen in unserer Region und lokale Konflikte um die Durchsetzung der Menschenrechte unterstützt. Ausserdem konnten wir zwölf Professionelle als freiwillige Mitarbeiter-innen gewinnen. Das sind Doktoren und Magister, die mit ihrem freien, begeisterungsfähigen Geist unsere verschiedenen Programme, Studien, Forschungen und angewandte

Pädagogik unterstützen. Der rege Austausch mit internationalen Universitäten wie der von York in Kanada, Arizona in Spanien und den Universitäten UCR, UNA und der Friedensuniversität in Costa Rica hat im letzten Jahr etwa 100 Studierende in die *Escuela* geführt. Das ist für den im Dorf der Finca Sonador praktizierten Tourismus mit Aufenthalt bei den Bauernfamilien ein wichtiger wirtschaftlicher Beitrag für die Dorfbewohner-innen.

Zuletzt möchte ich auch die Initiative eines österreichischen Freundes erwähnen: Bernhard Ungerer, der während eines Jahres bei uns seinen Zivildienst leistet und zur Zeit dabei ist, das neue Zentrum unter Anwendung von alternativen Naturbaustoffen, Bambus und Erde aufzubauen. (...)

In der nächsten Nummer des Archipel werden die Frauen der *Escuela de la Tierra* zu Wort kommen. Im Speziellen wird die Sängerin und Musikerin Guadalupe Urbina ihr Projekt *Casa madre monte* vorstellen.

Roland Spendingwimmer,  
Longo mai, Costa Rica

Mehr Information unter:  
[www.escueladelatierra.org](http://www.escueladelatierra.org)

## GESTERN - HEUTE - MORGEN

# Fortschrittsmythos

**Vor kurzem las ich mit grossem Interesse ein kleines Büchlein: «Der moderne Fortschrittsmythos»<sup>1</sup>. Es handelt sich um eine Kritik der Fortschrittsidee. In dem Text finden sich Zitate von Kritiker-inne-n dieser ebenso unausgegorenen wie allgemein verbindlichen Doktrin der kapitalistischen Gesellschaft, also der Industriegesellschaften. Zweiter Teil.**

Natürlich gibt es zu dieser Thematik Stoff genug, um sich leicht darin zu verlieren. Für allgemeinere Überlegungen eröffnet der Rückblick zu den Anfängen des Industriekapitalismus jedoch gute Möglichkeiten. Hierbei denke ich an den Historiker und Ökonomen mit ungarischen Wurzeln Karl Polanyi (1886-1964). In seiner grossen, die Ursprünge des Kapitalismus beschreibenden Arbeit mit dem Titel *The Great Transformation* (1944) findet sich ein Kapitel unter der Überschrift «Recht auf Existenz gegen Erneuerung»: «Im Verlauf der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts kann eine fast

wundersame Erneuerung der Produktionsmittel festgestellt werden, die von einer katastrophalen Störung des Lebens der Menschen begleitet wird.»

## Enteignung der Bauern

Tatsächlich geht Polanyi noch weiter zurück, nämlich ins England des 16. Jahrhunderts, zu den Einhegungen. Dieser Begriff steht synonym für die Privatisierung von gemeinschaftlich genutztem Land und die Enteignung der Bauern. Um zu verhindern, dass diese soziale Umwälzung zu gewalttätig verlaufen und eventuell sogar Revolten provozieren könnten, führte

das Königshaus parallel zu den Einhegungen die *Poor laws*, die Armengesetze, ein, Gesetze zur Unterstützung von Bedürftigen, die eine Art «Recht auf Existenz» und ein «Minimaleinkommen» garantierten, was die Bauern daran hindern sollte, Hungers zu sterben. In einem offiziellen Dokument, das den Adligen des Königreiches zur Kenntnis gebracht wurde, ist diese Absicht folgendermassen festgehalten: «Der arme Mann soll mit einer Bleibe zufriedengestellt werden, der Edelmann soll in seinen Wünschen nach Erneuerung nicht eingeschränkt werden.»

Dergestalt also sollte die Ziege sich mit dem Kohl und der Wolf sich mit dem Schaf einigen! Unerbittlich gingen die Einhegungen in England weiter, mehr und mehr Bauern wurden dadurch enteignet. Eine Masse von Armen und Proletariern entstand, dazu getrieben, sich in Bergwerken und Fabriken ausbeuten zu lassen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts sah es dann so aus: «Die typische Industriestadt der Midlands und im Nordwesten war eine kulturelle Wüste, ihre Elendsviertel waren die Ausgeburt des Mangels an Tradition und des Fehlens jeglicher Selbstachtung. In den düsteren Pfuhl des Elends geworfen, verwandelte sich der flüchtende Bauer (...) schon bald in eine undefinierbare, aus Schlamm geborene Kreatur. Der Grund dafür war nicht die zu geringe Entlohnung oder die viel zu lange Arbeitszeit (...); vielmehr existierte er jetzt unter materiellen Bedingungen, die das Gegenteil eines einigermaßen menschenwürdigen Lebens darstellten. Die Schwarzen aus den Wäldern Afrikas, die sich in Käfigen in den Laderäumen der Sklavenschiffe wiederfanden, erlitten Ähnliches wie jene Bauern», schreibt Polanyi.

## Revolution der Reichen

Die Parallele zum Kolonialismus ist nicht zufällig. Polanyi weist vom Beginn an darauf hin:

«Mit vollem Recht spricht man von den Einhegungen als einer Revolution der Reichen gegen die Armen.» – Eine Revolution oder ein Krieg, der bis heute andauert. Marx und Engels schreiben im kommunistischen Manifest vom Jahr 1848: «Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne fortwährend die Produktionsmittel und also die Produktionsverhältnisse, das heisst die Gesamtheit der sozialen Verhältnisse zu revolutionieren.» Der amerikanische Historiker David Noble (1945 – 2010) meint in «Fortschritt ohne Volk» (1995) dazu: «Ein Krieg tobt, aber nur einer der beiden Gegner ist be-



Guy Durant

waffnet; so kann man das Thema Technologie heute zusammenfassen. Konfrontiert mit einer beständig fallenden Profitrate, mit einer Eskalation der Konflikte und mit einer immer schärfer werdenden Konkurrenz sind diejenigen, die der Welt bis auf den heutigen Tag ihre engstirnigen Interessen aufgezwungen haben, dabei die Weltwirtschaft und die Art und Weise der Produktion weiter zu ihrem Vorteil umzumodeln. Mit neuen Technologien bewaffnet reissen sie unerbittlich alles nieder, was den Arbeitern an Unabhängigkeit, an Fähigkeiten, an kollektiver Organisation und Macht geblieben ist, um ungehindert investieren und die Ausbeutung steigern zu können.»

Polanyi hätte sein Kapitel statt «Recht auf Existenz gegen Erneuerung» besser «Erneuerung kontra Recht auf Existenz» nennen sollen. Was im 17. Jahrhundert noch Erneuerung hiess, wird heute Fortschritt genannt. Dabei handelt es sich um die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sämtliche Aspekte unserer Existenz beherrscht.

## Fortschritt contra Recht auf Existenz

Der Fortschritt schränkt das Recht auf Existenz immer mehr ein. Er wendet sich gegen das Leben in einer Region, in einem Landstrich oder auf einem Stück Erde, welches wir gerne unseren Bedürfnissen gemäss kultivieren und gestalten würden, aus dem wir das Lebensnotwendige gewinnen könnten und wo wir uns mit Gleichgesinnten und Freund-innen trafen. Oder gegen das Leben in einer Stadt, einem Viertel, wo wir gemeinsam mit

denen aktiv werden könnten, die dort wohnen. Eine Welt selbst zu gestalten, bedeutet Recht auf Existenz. Und tatsächlich ist allein das Recht auf Existenz die Quelle einer wahrhaften Erneuerung unserer Lebensbedingungen.

Heute ist der Fortschritt überall gegen das Recht auf Existenz gerichtet, verwandelt die Welt in eine Welt der Maschinen und ununterbrochener Versorgungsströme, die gnadenlos alles mit sich reissen. Hand in Hand mit dem Fortschritt entstehen Un-Orte, Zirkulation hat den Vorrang, Perfektion stachelt Innovation an und umgekehrt. In einem fort wird alles umgestossen, dass nichts bleibt, wie es ist. Auch das Klima wird durcheinandergebracht. Dadurch wird unser Recht auf Existenz und unser Verhältnis zur Natur gestört. Allgemeine Verunsicherung macht sich breit. Wie sollen sich unter solchen Verhältnissen – bei dieser unaufhörlichen Veränderung und dem Fehlen jeglicher Dauer – unsere Lebensbedingungen nachhaltig verbessern lassen? Kann man denn auf fließendem Sand bauen?

Der französische Philosoph Jacques Bouveresse (geb. 1940) stellt sich nicht einmal die Frage, ob es heute überhaupt noch zeitgemäss ist, sich zur Idee des Fortschritts zu bekennen. Für ihn und seinen finnländischen Kollegen, Georg Henrik von Wright (1916-2003), lautet die Antwort: Ja – ein klares Bekenntnis. In dem Kapitel unter der Überschrift «Was kann heute für die Sache des Fortschritts getan werden» begründen sie dies folgendermassen: Von Wright unterstreicht, dass es nicht dasselbe sei, einerseits auf den Fortschrittsglauben als historische Notwen-

digkeit zu verzichten und andererseits die Arbeit für den Fortschritt als Aufgabe zu sehen: «Aber diese Aufgabe besteht heute mehr denn je. Wenn Fortschrittsglaube zum Mythos wird, meinen viele, es sei nicht mehr nötig, wirklichen Fortschritt zu fordern und ins Werk zu setzen. Um es klar zu sagen, an Fortschritt muss man nicht glauben: vielmehr sollte versucht werden, dort vorwärts zu schreiten, wo es am Wichtigsten und Dringendsten ist.»

Selbstverständlich müssen viele Seiten unserer Lebensbedingungen verbessert werden, das gilt auch für die Art und Weise der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen, unabhängig von oder eher noch entgegen der Fortschrittsdynamik, die uns der Industriekapitalismus aufzwingt. Gleichwohl sollten Begriffe wie «Fortschritt durch Innovation» und «Erneuerung unserer Lebenswirklichkeit» und die zwischen ihnen entstandene Konfusion noch näher untersucht werden.

## Im Gefängnis des Fortschritts

Glaube an den Fortschritt als passives und beobachtendes Verhalten und tätiges Eintreten für den Fortschritt als aktives und engagiertes Verhalten kann man nicht separat betrachten oder gar als Gegensatz sehen, wie Bouveresse es macht. Aus vielerlei Gründen, durch die vielen Aspekte unserer Wirklichkeit finden wir uns nacheinander oder auch gleichzeitig in dem einen wie auch dem anderen Verhalten wieder. Bei unseren täglichen Verrichtungen setzen wir darauf, dass das System funktioniert und mit jeder Aktivität tragen wir ausserdem zum Funktionieren des Systems bei. Eben dadurch ist das System so wirksam: Seine Dynamik ist auf die freiwillige oder unfreiwillige Beteiligung eines jeden gegründet, unsere souveränen Aktivitäten werden eingebunden und so sind wir mit beteiligt an der Zerstörung unserer Autonomie – und das in zunehmendem Masse. Fortschritt heisst die abstrakte Dynamik der unbegrenzten Ausdehnung des Marktes, Fortschritt heisst die Überflutung unserer Lebenswelt mit Waren, Fortschritt heisst Leben im Würgegriff von Wirtschaft und Technologie. Die Dynamik ist abstrakt, weil unserem Zugriff entzo-

1. Originaltitel: Le mythe moderne du progrès («Der moderne Fortschrittsmythos»), entblättert und zerpfückt vom Philosophen Jacques Bouveresse basierend auf den Kritiken von Karl Kraus, Robert Musil, George Orwell, Ludwig Wittgenstein und Georg Henrik von Wright, Agone-Verlag, Sammlung Cent Mille Signes 2017).

gen und unserem Willen gegenüber gleichgültig, und ist dennoch sehr konkret in den Konsequenzen für unser Leben, denn sie zwingt uns zur Arbeit und zum Konsum ihrer Produkte.

Selbst wenn Bouveresse nicht daran glaubt, dass der Staat zum Nutzen der Gesellschaft einen guten Gebrauch vom Fortschritt macht, begreift er offensichtlich nicht die tiefere Bedeutung dieser Dynamik. Tatsächlich handelt es sich um Machtanhäufung und Zunahme von Kontrolle, also um Vorherrschaft, und das betrifft sämtliche heute existierenden Institutionen. Vielfältiges und souveränes Agieren von Individuen und Kollektiven – Bedingung der Freiheit –

wird mehr und mehr verdrängt. Der Revolutionär Guy Debord (1931-1994) bringt es auf den Punkt<sup>2</sup>, wenn er von «*Enteignung im Übermass*» spricht. Bouveresse findet schliesslich ein sehr verquastetes Argument, mit dem er trotz allem den Fortschritt verteidigt: «*Auf die Idee des Fortschritts schlicht und einfach zu verzichten, bedeutet jedenfalls, dass wir die Idee verwerfen müssen, die Welt, in der wir leben, wäre nicht die einzig mögliche.*»

Bertrand Louart

2. Autor von *La Société du spectacle* (1967) – Die Gesellschaft des Spektakels: Alles, was unmittelbar erlebt wurde [gemeint ist Dasein in seiner Wirklichkeit, Unmittelbarkeit], hat sich zu einem Traumbild vernebelt [wurde in Ware verwandelt].

## GEFÄHRLICHE GROSSPROJEKTE

# Widerstand gegen die Atomlobby in Frankreich

**Nachdem der Bau des Flughafens von «Notre Dame des Landes» in Frankreich dank eines hartnäckigen Widerstands fallengelassen wurde, befindet sich nunmehr ein anderes Projekt im Rampenlicht. Die geplante Lagerung von radioaktiven Abfällen in Bure vereint alle Kriterien der grossen und unnützen Projekte, die vom Staat aufgedrängt werden. An Ort und Stelle verstärkt sich der zwanzigjährige Kampf gegen das Projekt.**

Am Rande des Departements Meuse im Osten Frankreichs wollen der französische Staat und die Nuklearlobby in 500 Metern Tiefe die giftigen Abfälle unserer Modernität vergraben; Material, das während 100'000 Jahren radioaktiv bleiben wird, und mit dem unsere Atomindustrie nicht weiss, was damit anfangen. In vierzig Jahren hat dieser todbringende Industriezweig, der von sich behauptet, sauber zu sein, ein unlösbares Problem geschaffen. Die Abfälle häufen sich an und bedrohen unsere Natur mit einer unaufhaltsamen Verseuchung. Zuerst wollten die «Nuklearokraten» diese Abfälle im Welt-raum oder auf dem Mond lagern; jetzt planen sie unterirdische Gewölbe aus Stahlbeton, um sie weit entfernt von unseren Augen und Herzen in einer verarmten ländlichen Gegend zu verscharren.

Aber man sollte keiner Illusion verfallen: Dieses verrückte Projekt – mit Kosten von über 35 Milliarden •, eine Baustelle, die 130 Jahre dauern wird, ein Netz von Galerien

von 260 km Länge – ist Wahnsinn in Reinkultur. Wie können wir den Fortbestand einer menschlichen Konstruktion nach mehreren tausend Jahren garantieren? Wie kön-

nen wir die Verschmutzung des Grundwassers, Feuerbrände, Mikroerdbeben und Freisetzung von Gas verhüten? Wie die zukünftigen Zivilisationen warnen, die zweifellos nicht die gleichen Kommunikationsformen haben werden wie wir heute?

## Ein Propagandainstrument

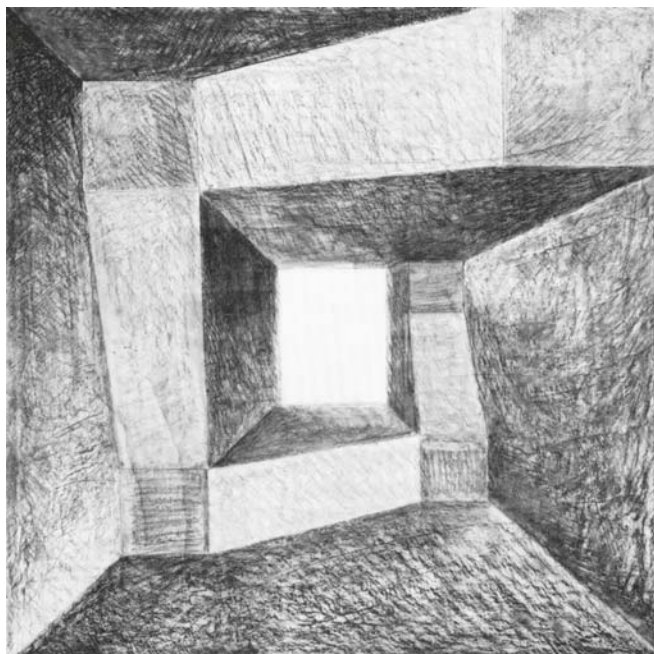
Sogar die *Autorité de Sûreté Nucléaire* (Behörde für die nukleare Sicherheit), die Atompolizistin, die mit diesem Industriezweig sehr verbunden ist, wies neulich eindringlich auf die Gefahren der unterirdischen Lagerung von radioaktivem Material hin. Bure hat alle Voraussetzungen, um ein unterirdisches Tschernobyl zu werden. Ähnliche Projekte auf der Welt begegneten grossen Schwierigkeiten. In den Vereinigten Staaten lagert der *WIPP* (*Waste Isolation Pilot Plan*) seit 1999 in der Wüste von Neumexiko Abfälle des Atomwaffenprogramms. Nach 15 Jahren platzte ein Fass und verbreitete an der Oberfläche Radioaktivität. Die Aufräumarbeiten werden mindestens 2 Milliarden • kosten, ganz zu schweigen von den nicht mehr gut zu machenden gesundheitlichen Folgeschäden. In Asse (Deutschland) verwandelte sich die Lagerstätte in einer alten Salzmine aus den Siebzigerjahren in eine riesige radioaktive Salzlake, weil Wasser infiltrierte. Die Stollen drohen nun einzustürzen und die Verschmutzung des Grundwassers ist mittelfristig unabwendbar. Die Autoritäten reissen sich die Haare aus und haben die grössten Schwierigkeiten, eine Entscheidung zu fällen: den Nuklearabfall aus der Mine zu schaffen oder das Ganze einzuzementieren. Trotz solcher Unfälle versteift sich die französische Nuklearindustrie auf diese Methode. Das Projekt der Vergrabung von radio-

aktiven Abfällen in Bure ist bloss ein Vorwand, unter dem musikalischen Namen *CIGEO* (*centre industriel de stockage géologique* - Industriezentrum geologisches Tiefenlager). Es schafft die Illusion, dass die Atomindustrie eine Lösung für ihre Abfälle hat und verlegt das Problem in 500 Meter Tiefe, bedeckt von Lügen und Blindheit, um uns seine ausgefeilte Propaganda einzuhämmern: «*Unsere Energie ist sauber, reichlich vorhanden und günstig, wir können sie weiterhin produzieren!*» Ungefähr 40 Prozent der Abfälle, die *CIGEO* lagern will, sollen erst produziert werden. *CIGEO* ist ein Schaufenster, ein Propagandainstrument, um diesen kriminellen Industriezweig am Leben zu erhalten.

## Warum in einer verlassenen Gegend?

Der Staat sucht schon seit Ende der 1980er-Jahre eine Lagerstätte für seine Abfälle. Er begann seine Suche in Westfrankreich. Dort stiess er auf zahlreichen Widerstand der Bevölkerung, der die *Andra* (Nationale Agentur für die Verwaltung von radioaktivem Abfall) dazu zwang, das Vorhaben aufzugeben und mit eingezogenem Schwanz nach Paris zurückzukehren. Schon nach den ersten Bohrarbeiten revoltierte die Bevölkerung Westfrankreichs. Man muss sich dabei Demonstrationen mit Hunderten von Traktoren vorstellen, zehntausende Menschen auf der Strasse, von denen einige ihre Wählerkarte verbrannten, Strassenumzüge mit Jägern und Bäuerinnen (bewaffnet mit ihren Gewehren), Guerillaaktionen und Sabotageakte... Der Staat gab auf und revidierte seine Strategie, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten. Ein berühmt gebliebener Satz im «*Rapport Rouvillois*» von 1989 fasst mit grossem Zynismus zusammen, was auf dem Spiel steht: «*Es stellt sich immer mehr heraus, dass das Hauptproblem (um eine Lagerstätte für Nuklearabfall zu schaffen) die Unfähigkeit der Bevölkerung ist, das Prinzip der Lagerung zu akzeptieren; die Bevölkerung zu überzeugen, ist viel wichtiger als die technischen Vorteile der verschiedenen Bodentypen (Granit, Schiefer, Lehm, Salz).*»

Anfangs der 1990er-Jahre wählte die Regierung das Departement La Meuse, in Zusammenarbeit mit korrupten Lokalpolitikern wie Gerard Longuet, einem ehemaligen Rechtsextremisten und Anhänger von Französisch-Algerien. Die damalige Regierung funktionierte die geplante Lagerstätte für Abfall in ein «wissenschaftliches Labor»



Elizabeth Franzheim, Labyrinth, 1981

um: Es ist schwieriger gegen die Forschung zu kämpfen als gegen Mülltonnen. Es wurde auch ein Budgetposten geschaffen, um dieses Projekt zu begleiten. Über 800 Millionen • wurden so an die Departemente La Meuse und Haute Marne verteilt, für die Gemeinden, um Gehwege zu bauen, Häuserfassaden zu renovieren oder auch schöne Strassenlampen zu kaufen. Die Akteur:innen der Nuklearindustrie kaufen so die Gewissen. Der atomare Geldhahn bewässert die Region alljährlich.

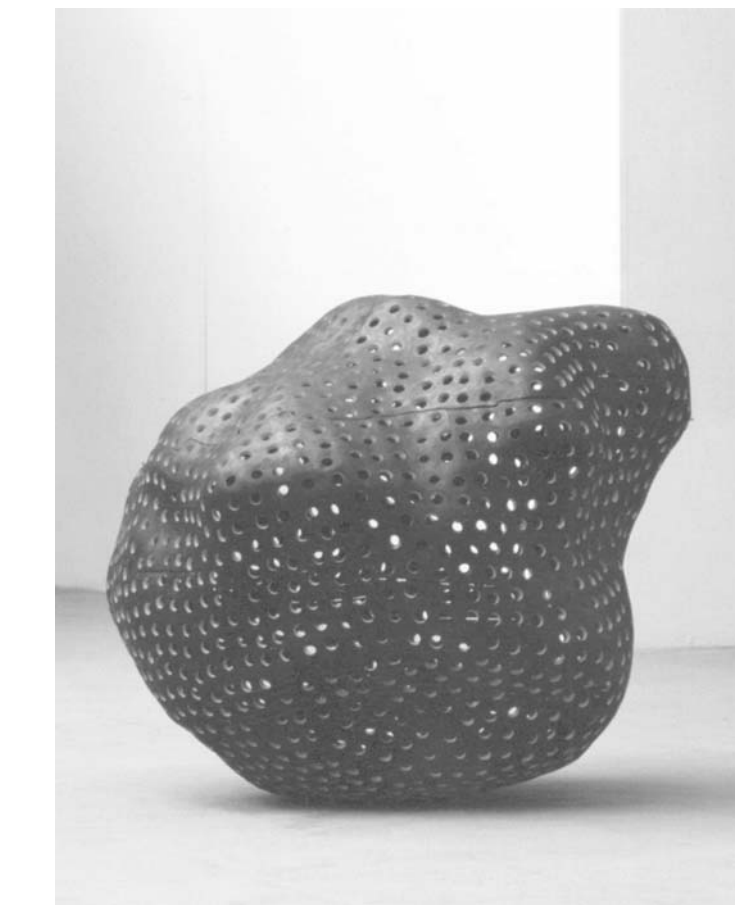
### Wie man Zustimmung herstellt

Dass hier bloss 6 Einwohner:innen pro Quadratkilometer leben, kommt der *Andra* sehr gelegen – einen Widerstand aufzubauen, ist viel schwieriger. La Meuse ist eine verlässene Region, geprägt von Fatalismus und der Gewalt von zwei Weltkriegen. Es fand eine massive Abwanderung statt. Anfangs 2000 führte ein Abgeordneter und Gegner des Projekts *CIGEO* folgendes surrealistisches Gespräch mit einer Technokratin der Regierung, deren Quintessenz er folgendermassen wiedergibt: «Die Beraterin sagte uns geradeheraus: 'Ich kenne eure Argumente und ihr habt völlig recht. Aber das Projekt muss gemacht werden. Bringt 10'000 Leute auf die Strasse, und wir könnten vielleicht von neuem diskutieren.' Wir daraufhin bestürzt: 'Wie stellen Sie sich das vor, so viele Menschen in La Meuse zu mobilisieren?' Sie antwortet uns: 'Genau deswegen wurde La Meuse ausgewählt'.»

Bure ist ein Experimentierfeld, um Zustimmung zu fabrizieren. Die *Andra* führte mehrere Konsultationen durch. Sie baute das erste Labor anfangs der 2000er-Jahre. 2005 wurde die erste öffentliche Veranstaltung organisiert. Diese kam zu dem Schluss, dass es völlig unverantwortlich wäre, radioaktive Abfälle in tief gelegenen unterirdischen Stollen zu lagern. (...)

### Aufkauf von Land und Wald

Die *Andra* hat nach und nach 3'000 ha Land erworben; 1'000 ha Landwirtschaftsland und 2'000 ha Wald. Sie benützt diesen Landbesitz, um Enteignungen zu vermeiden und als Grossgrundbesitzer Land an abhängige Bäuerinnen und Bauern zu verpachten. Die Landpreise verdoppelten sich. Sie kaufte auch Wald auf, den sie diskret verwaltet. Die Domaine von Baudray in Haute-Marne ist ein kleines Schmuckstück von 258 ha, das sie für bescheidene 1,6 Mio • erwerben konnte. *Andra* organisiert zehnmal im Jahr Treibjagden für VIP (*Very Important Persons*) mit



Carmen Perrin, Ohne Titel, 1997

auserlesenen Teilnehmer:innen – Fabrikbesitzer:innen, staatlichen Funktionären, Abgeordneten und Grossbäuerinnen und -bauern. Mehrere Gebäude an Ort und Stelle dienen für die Entspannung und zur «Geselligkeit». Ein System, um die lokale Elite für sich zu gewinnen.

Die Agentur richtete in ihrem Labor auch einen Ausstellungssaal ein, um Kinder aus der Umgebung zu empfangen. In den Schulen stellt sie sich als «kulturelle Organisation» vor und bietet Ausstellungen über die Kernenergie an, «die Abfalltrennung von radioaktivem Material» oder auch über die Archäologie, die Geologie, die Wälder. Es wird alles getan, um sich unentbehrlich zu machen und die Umgebung auf die zukünftige Nuklear-Müllgrube vorzubereiten.

Vorläufig gibt es im Untergrund von Bure noch keinen nuklearen Abfall, sondern nur ein Labor. Aber der Terminplan rückt immer näher. 2019 sollte die *Andra* ihre *DAC* (*Déclaration d'autorisation de création* – Erklärung zur Genehmigung des Projekts) einreichen. Die Bauarbeiten könnten dann 2021 beginnen, und die ersten mit nuklearverseuchtem Material beladenen Züge würden 2030 eintreffen.

Trotz des Widerstands an Ort und Stelle und in ganz Frankreich, begann die *Andra* im Juni 2016 ohne Bewilligung den Wald Lejuc zu roden, der genau über den zukünftigen unterirdischen Galerien liegt. 7 ha Wald wurden gefällt, um

Bohrungen durchzuführen. Nun verstand die Bevölkerung, was *CIGEO* konkret repräsentierte. Um sich hier niederzulassen, will sie die letzten gemeinsamen Güter zerstören, welche die Einwohner:innen dieser Gegend teilen: ihren Wald, in dem sie spazieren gehen, jagen, leben und auch vom Holzungsrecht profitieren.

### Eine neue ZAD

Gegner:innen und Einwohner:innen beschlossen, den Wald Lejuc zu besetzen und den Sicherheitsdienst und die Maschinen zu vertreiben. Eine neue ZAD (eine neue «zu verteidigende Zone» gegen Grossprojekte) war geboren. Die ersten Hütten wurden gebaut, bevor im Juli 2016 die Besetzer:innen gewaltsam von 200 mobilen Gendarmen verjagt wurden. Dem Waldrand entlang wurde eine «Anti-ZAD-Mauer» errichtet, um eine Neubesetzung zu verhindern. Diese ungefähr ein Kilometer lange Mauer wurde schlussendlich am 15. August während einer grossen Demonstration von den *CIGEO*-Gegner:innen abgerissen. Die mobilen Gendarme hatten inzwischen das Gelände verlassen, denn sie konnten schlecht eine Mauer und eine vom Landgericht in Bar am 1. August als illegal verurteilte Abholzung verteidigen. Die Zerstörung der Mauer, *le Bure de Merlin* (Wortspiel mit der Mauer von Berlin) war ein wichtiger Sieg des antinuklearen Kampfes. Eine kollektive und fröhliche Sabotage von

600 Menschen mit 1,6 Millionen Sachschaden. Mit dieser Aktion wurde der Wald von neuem befreit. Eine neue Besetzung fand statt, die bis heute anhält.

Seit August 2016 ist der Wald wieder besetzt. Dies blockiert die anstehenden Arbeiten für die nukleare Mülltonne und dient auch als Knotenpunkt für den Kampf. In den Bäumen, auf 20 m Höhe, wurden Beobachtungsposten und auf dem Boden Hütten und Barrikaden eingerichtet. In den umliegenden Dörfern wurden Häuser gekauft, um den Widerstand zu festigen. In dieser Gegend zu wohnen, ist auch wichtig, um mit der lokalen Bevölkerung vermehrt Kontakte zu knüpfen und auch eine andere Zukunft zu propagieren, attraktiver als die nukleare Mülltonne. Projekte wie der Anbau von Gemüse, eine Bäckerei und ein Gemischtwarenladen sind in Vorbereitung. Die Idee besteht darin, das Leben und den Kampf zu vermischen und autonomere Lebensformen zu entwickeln, die weniger abhängig sind von der Warengesellschaft. Brachland im Besitz von *Andra* wurde besetzt und darauf gedeihen jetzt Getreide und Gemüse zur Ernährung der Bewegung. Es handelt sich um erste Anfänge, aber die Wurzeln für einen wachsenden Widerstand sind vorhanden. Vor zwei Jahren lebten im Haus des Widerstands – ein alter Bauernhof, der 2004 vom Netzwerk *sortir du nucléaire* im Herzen des Dorfes Bure erworben wurde – nur zwei Leute. Jetzt sind es schon mehr als dreissig! Dazu kommen jene aus den in der Umgebung gekauften Häusern und die Leute aus den vielen Hütten im Wald. Es gesellen sich auch weiterhin immer neue Menschen hinzu.

### Die Repression

Der Kampf brachte verschiedene Praktiken hervor: Er übernimmt die Verantwortung für offensive Demonstrationen, aber engagiert sich auch in einer «juristischen Guerilla» und reicht zahlreiche Einsprachen ein. Er weiss auch um die Wichtigkeit der Medien, damit dieses tödliche Projekt bekannt wird.

Die strafrechtlichen Verfolgungen sind jedoch eine grosse Belastung. Es regnet Verurteilungen. Im Herbst wurde der Bauer Pierre Simon zu einem Monat Gefängnis bedingt verurteilt, bloss weil er seinen Traktor den Besetzer:innen ausgeliehen hatte. Ein Kamerad wurde für Sabotageakte zu vier Monaten Gefängnis bedingt verurteilt und ein anderer wegen Rebellion zu einem Monat Gefängnis ohne Bewährung. Ein weiterer hat ein Aufenthaltsverbot erhalten und beschloss, sich aus dem Stau-

be zu machen. Im September 2017 wurden mit 200 Gendarmen fünf Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt. Die Behörden wollen die Aufsässigen zu einer kriminellen Vereinigung umpolen. Im Februar 2018 wurden zwei über sechzigjährige Gegner vor Gericht gestellt und angeklagt die Mauer zerstört zu haben. Durch polizeiliche und gerichtliche Repression versuchen die Behörden den Kampf zu ersticken und abzuwürgen.

Im Morgengrauen des 22. Februar 2018 um sechs Uhr fünfzehn begann die Ausweisung aus dem Wald Lejuc mit über fünfhundert Gendarmen und einer grossen Medienoffensive des Innenministeriums. Die Infosender zeigten

sensationelle Bilder von Militärpanzern, die sich vor dem Wald ansammelten. Die Holzhütten wurden am frühen Morgen von verummten Polizisten mit Motorsägen und Kameras «erobert». Sieben Menschen wurden in Polizeigewahrsam genommen, zwei von ihnen sind immer noch im Gefängnis. Dennoch kommen immer mehr solidarische Menschen, die trotz der regelmässigen Tränengassalven der permanent anwesenden Einsatzpolizei mit uns den Widerstand aufrechterhalten, den Wald also weiter besetzen. Das zähe Ringen wird in den nächsten Monaten weitergehen. Es liegt ganz an uns, die Nuklearindustrie mit ihrem tödlichen Projekt zu Fall zu bringen.

Gaspard

rungen vornehmen darf, ohne ihre internationalen Verpflichtungen zu verletzen. Seit 2011 verbietet ein Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der vom Eidgenössischen Bundesverwaltungsgericht übernommen wurde, jegliche Rückschaffung aus einem Staat Europas nach Griechenland. Weitere 25 Prozent betreffen Länder wie Italien und Ungarn, wo der dringende Verdacht besteht, dass die Menschenrechte der Asylsuchenden systematisch verletzt werden. Der Automatismus der Rückführungen dorthin wurde auch von Gerichten gestoppt. Schliesslich bleiben 168 Fälle übrig. Dass die Betroffenen in der Schweiz bleiben durften, verdanken sie wohl mehr den juristischen und politischen Interventionen sowie dem Engagement von Menschen aus der Zivilgesellschaft als der «Barmherzigkeit» des SEM.

Damit aber nicht genug der humanitären Rhetorik: Die Schweiz, so betonte Justizministerin Simonetta Sommaruga, habe ihre Grosszügigkeit auch durch ihre Beteiligung am europäischen Programm der Relokalisierung (Umsiedlung) von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland und durch die Entsendung von Expert-inn-en in diese beiden Länder bewiesen. Auch diese Aussage ist trügerisch. Die Schweiz verpflichtete sich zwar, bis Ende 2017 1'500 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien aufzunehmen. Diese Zahl wurde jedoch vom Kontingent der 3'000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern Syriens abgezogen, deren Aufnahme die Schweiz bereits zuvor versprochen hatte.

Was die «Expert-inn-en» betrifft, so wachen sie in erster Linie darüber, dass Griechenland und Italien die Ankommenden im Informationssystem Eurodac registrieren, was wiederum einen Dublin-Nichteintretensentscheid erleichtert. Und schliesslich erhalten die Staaten für jede relokalisierte Person 6'000 Euro von der EU, was auch nicht zu verachten ist.

Die Behörden versuchen, vom Kern des Appells abzulenken. Die Unterzeichnenden verlangen, dass die Schweiz mehr Gebrauch macht von einer Kompetenz, die ihr die Dublin-Verordnung erteilt. Eine verstärkte Anwendung der Souveränitätsklausel würde erlauben, besonders verletzliche Personen nicht in Länder zurückzuschicken, wo ihre Würde und ihre Sicherheit in Gefahr sind.

Giada de Coulon  
vivre.ensemble(at)asile.ch

Der Faktencheck: <https://asile.ch/2017/12/04/fact-checking-clause-de-souverainete-sem-de-lintox-delegitimer-lappel-dublin/>

## ANKÜNDIGUNG

# Europa neu denken – Grenzüberschreitungen

**Unter diesem Titel findet vom 10. - 13. Mai 2018 eine Tagung in Salecina im Graubünden statt. Salecina ist ein selbstverwaltetes Ferien- und Begegnungszentrum und liegt in den Schweizer Alpen auf 1800 Metern Höhe am Übergang zwischen dem Oberengadin und Bergell.**

Nationalismus, Abschottung und Fremdenfeindlichkeit bedrohen den Zusammenhalt Europas. Dabei sind Verbindungen und Gemeinsamkeiten in vielen Regionen Europas eine Selbstverständlichkeit, die nicht an nationalen Grenzen halt macht. Grenzregionen leben konkret vor, was Europa wirklich auszeichnet: eine Vielfalt von Kulturen, Traditionen, Mentalitäten und Sprachen, die nicht trennen sondern verbinden.

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, wie man eine europäische Republik verwirklichen kann, in der nicht mehr die Nationalstaaten das Sagen haben, sondern die Regionen, vereint unter einem europäischen Dach, das die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben schafft. In einem nachnationalen Europa wären die Katalanen Teil der EU. Mit Vorträgen und Filmausschnitten führen Gerd Roscher, Axel Mayer und Robert Krieg durch die Tagung. Als weitere Input-Geber sind Claudio Magris und Robert Menasse angefragt. Das Bergell mit seiner spannenden Geschichte als europäische Grenzregion lädt zu einer Exkursion und Begegnungen ein.

Mehr Infos: unter [www.salecina.ch](http://www.salecina.ch)

## MIGRATION – SCHWEIZ

# Grosszügigkeit oder Augenwischerei?

**Am 20. November 2017 haben die Unterzeichnenden des Dublin-Appells (33'000 Personen und 200 Organisationen) vom Bundesrat verlangt, vermehrt die in Art. 17 der Dublin-III-Verordnung enthaltene Souveränitätsklausel anzuwenden. Diese erlaubt es, aus humanitären Gründen auf die Rückführung eines oder einer Asylsuchenden in den «zuständigen» Dublin-Staat zu verzichten.**

Der Appell prangerte die mechanische Anwendung der Dublin-Rückschaffungen an, wodurch Familien auseinandergerissen oder medizinische Behandlungen abgebrochen werden. In seiner Antwort erklärte das Staatssekretariat für Migration (SEM), es gäbe keinen Grund, die bisherige Praxis zu ändern. Denn zwischen Januar 2014 und Oktober 2017 habe man zwar

11'000 Rückführungen durchgeführt, aber 5'600 Mal sei die besagte Klausel zum Tragen gekommen. Unser *Fact-checking* zeigt, dass diese Zahlen irreführend sind.

Der Bundesrat hat gegenüber dem Parlament ausgeführt, bei welchen Ländern die Klausel zum Tragen kam: 73,5 Prozent der Fälle betreffen Griechenland, wohin die Schweiz ohnehin keine Rückfüh-

## ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:

**Schweiz:** Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5  
**Deutschland:** Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF  
**Österreich:** Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Ich bestelle ..... Exemplare von Archipel zum Vertrieb  
 Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Name ..... Vorname .....

Strasse .....

PLZ ..... Ort ..... Land .....

Mail .....